Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 20 Pfg., bei lokalen Anzeigen 15 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim". (Während der Krieges nicht.) Monatlicher Bezugspreis 1.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen, Westfr. 10. Fernspr. Nr. 1.

Nr. 38 | **Freitag, den 14. Februar 1919** | **47. Jahrgang**

Nationalversammlung.

(Sitzung vom 13. Februar.)

Vizepräsident Haußmann eröffnet die Sitzung der Nationalversammlung mit der Verlesung eines ihm vom Präsidenten Dr. David zugegangenen Schreibens, in dem dieser infolge seiner Berufung in die Reichsregierung sein Amt als Präsident der Nationalversammlung niederlegt, ferner ein Schreiben des Reichspräsidenten über die Bildung des Reichsministeriums. Darauf trat das Haus in die Tagesordnung ein „Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung".

Ministerpräsident Scheidemann

nahm darauf das Wort zu seiner großen politischen Rede. Er trug zunächst das Programm des Reichsministeriums, umfassend die Aufgaben der nächsten Zukunft, vor, welche die folgenden hauptsächlichsten Punkte enthält: Festigung der Einheit des Reiches durch eine starke Zentralgewalt, Herbeiführung sofortigen Friedensschlusses, Festhalten am Wilsonschen Programm, Ablehnung jedes Gewaltfriedens, Wiederherstellung eines deutschen Kolonialgebietes, sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen, gleichberechtigte Beteiligung am Völkerbund, gleichzeitige und gegenseitige Abrüstung, obligatorische Schiedsgerichte zur Vermeidung des Krieges, Abschaffung der Geheimdiplomatie, in der inneren Politik demokratische Verwaltung, Hinzuziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst, Schaffung eines Volksheeres auf demokratischer Grundlage zum Schutze des Vaterlandes unter wesentlicher Herabsetzung der Dienstzeit, Entlassung der in den Kasernen befindlichen Soldaten, auch des Jahrganges 1899, Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere, für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten, einheitliche Grundlage für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens. Förderung der durch die Kriegsfolgen schwer geschädigten mittleren und kleinen Gewerbetreibenden, zunächst Aufrechterhaltung der Rationierung und Höchstpreise für notwendige Lebensmittel, an denen wir Mangel leiden, Unterstellung der Wirtschaftszweige, die einen privatmonopolitischen Charakter angenommen haben, unter öffentliche Kontrolle bezw. soweit sie sich dazu eignen, Sozialisierung, Festlegung der Koalitionsfreiheit für jedermann auf sozialpolitischer Grundlage, planmäßige Verbesserung der Volksgesundheit, Wohnungsfürsorge, Ausbau des Mutterschutzes und Säuglings- und Jugendfürsorge, Regelung des Arbeitsnachweises auf öffentlicher, rechtlicher und paritätischer Grundlage, Schaffung eines freiheitlichen Beamten- und Disziplinargesetzes, Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne und wiederholte Erhebung einer Mehreinkommensteuer und Heranziehung der Vermögen zur Verminderung der Reichsschulden, Sicherstellung der Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübungen, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, der Versammlung und Vereinigung. Es folgen dann die politischen Ausführungen.

Im Verlaufe seiner Rede erklärte bei Besprechung der inneren Wirren Scheidemann noch: Wir haben zur Vermeidung des Bürgerkrieges alles getan. Die alleinige Schuld für das, was geschehen ist, fällt ausschließlich auf die, die allen Warnungen und Beschwörungen zum Trotz das Verderben entfesselt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Von dem Programm des Präsidenten Wilson sagte Scheidemann noch: Es ist von uns aus innerster Ueberzeugung angenommen worden. Das deutsche Volk hat sich sein Selbstbestimmungsrecht nach furchtbaren Kämpfen errungen, wie sollte es anders als freudig dem Grundsatz huldigen, daß Völker und Volksteile nicht wie Bauern auf dem Schachbrett verschoben werden dürfen. Aber es darf auch keine neue Sklaverei aufgerichtet werden. Die Machtpolitiker der Entente können uns wohl zum Frieden zwingen, aber sie werden niemals 70 Millionen Menschen zwingen können, einen solchen Frieden im Innersten ihres Herzens als ehrlich und gerecht anzuerkennen. (Allseitige lebhafte Zustimmung.) Unter lebhaftem Beifall richtete Scheidemann einen warmen Appell an alle Neutralen, die sich ein Gefühl der Menschlichkeit bewahrt haben, die Forderung auf sofortige Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen zu unterstützen. Die große Aufgabe, sagte Scheidemann im weiteren Verlaufe seiner Rede, die wir uns gestellt haben, ist die Beseitigung der Klassenunterschiede. Ich will an dieser Stelle ein offenes Wort zu Ihnen sagen: Es würde sinnlos und unnütz sein, die Tatsache verdunkeln zu wollen, daß innerhalb der neugebildeten Regierung über das Ideal der künftigen Gesellschaftsordnung verschiedene Auffassungen herrschen, aber ich glaube, sagen zu dürfen, kein Mitglied der Regierung verschließt sich der Erkenntnis, daß wir uns im Zuge einer Entwicklung befinden, die weder zurückgeschraubt noch ohne die schwerste Gefahr für das Ganze übersehen werden kann. Was uns zusammenführte, das war das harte Muß, die bittere Not.

Abg. **Gröber** (Chr. Vpt.)

erklärte hierauf u. a.: Es sind schon mehr als 4½ Monate, daß Deutschland um Frieden gebeten hat. Das ist ein Vorgang, wie er in der ganzen Geschichte noch niemals vorgekommen ist, daß ein Volk um Frieden bittet, und nach 4½ Monaten nicht einmal eine Antwort auf diese Bitte erhält. (Lebhafte Zustimmung.) Gröber erklärte sich im Namen des Zentrums auch heute gegen jede, auch französische und polnische Annexionspolitik und protestierte gegen den Plan, den Kaiser vor ein ausländisches Gericht zu stellen, wodurch nur Deutschland herabgewürdigt und beschimpft werden soll. Gegen die Annexionisten und Bolschewisten muß sich das deutsche Volk zur Wehr setzen, und es braucht deshalb eine Volkswehr. Redner dankte dann der früheren Armee für das, was sie zum Schutze für unser deutsches Volk und Land geleistet hat und wandte sich dann gegen die Soldatenräte, deren Wert als Vertrauensausschüsse er anerkannte, deren politische Wirksamkeit er aber verwerfen zu müssen erklärte. Den gleichen Grundsatz nicht nur der persönlichen, sondern auch der genossenschaftlichen Freiheit der Religionsübung wollen wir uns, sagte Gröber weiter, für die Gesamtheit des deutschen Volkes retten. Die Regelung der Einzelbeziehungen zwischen Staat und Kirche muß Sache der Einzelstaaten sein. Durch unseren Beitritt wird auch die Politik der Regierung beeinflußt. Das Arbeitsprogramm der Regierung ist ein Koalitionsprogramm, nicht ein sozialistisches. Man wird auch künftig nicht mehr von einer sozialistischen Republik sprechen dürfen. Wir sind auch stets Anhänger der Demokratie gewesen. Trotzdem mißbilligen wir die Revolution. Die Revolution vom 9. November hat uns politisch, militärisch und finanziell aufs schwerste geschädigt. Ohne Revolution hätten wir längst den Frieden. Meine politischen Freunde stellen sich nach allem, was geschehen ist, auf den Boden der vollendeten Tatsachen. Wir wollen die demokratische Republik auf föderativer Grundlage. Wir sind aber Gegner einer ungesunden Schablonisierung und Zentralisierung. Wir würden es begrüßen, wenn die Deutsch-Oesterreicher zu uns kommen würden, nachdem sie lange Jahre durch eine falsche Machtpolitik aus Deutschland verdrängt worden sind. Unsere Volksseele ist krank, sehr krank. Unser Volk muß zum Gerste der Arbeit und Pflichterfüllung zurückgeführt werden. Nur das kann uns wieder aufrichten. Die frühere Größe Deutschlands ist nicht durch militärische Gewaltleistungen errungen worden, sondern durch bürgerlichen Fleiß und Tüchtigkeit.

Abg. **Naumann** (D. Dem.):

Es wäre auch eine unsozialistische Mehrheit nach rechts möglich gewesen. Aber diese würde zwei Hauptzwecke der Gegenwart nicht erfüllen können; sie würde die Revolution nicht beendigen können und dem Auslande gegenüber würde diese Mehrheit der Rechten als Garantie für einen künftigen Rechtsfrieden in keiner Weise erscheinen. Die wirklich bis zu Ende gegangene bürgerliche Umgestaltung, die wir bisher in Deutschland nicht hatten, kann jetzt durchgeführt werden, weil Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum sich darüber einig sind. Wir haben keine angeborenen politischen Vorteile mehr, keine Kasten und Klassen. Wenn die drei Parteien sagen, wir wollen trotz aller Eigenart und Differenzen eine gemeinsame Einheit der Reichsbildung sein, dann sind sehr große Gefahren der Abspaltung von Teilen allein durch diese eine Tatsache von vornherein überwunden. (Lebhafte Zustimmung.) Unzweideutig muß gesagt werden, daß unter die Geschichte der Fürsten ein Strich gemacht ist, daß ein Traum vom Wiederkommen der Monarchen nur die Bedrohung mit einem Bürgerkrieg ist, das Schlimmste und Unheimlichste, was wir erleben können. (Lebhafter Beifall.) Ein einheitliches, republikanisches deutsches Volk zu schaffen, das ist die Aufgabe, um derentwillen wir hierher geschickt worden sind. Wir stehen jetzt in einer Weltsituation, wo der politische Typ von Amerika ausging. Vom Westen kommt jetzt Wilson mit seiner heiligen Allianz des Völkerbundes. Wir brauchen die Einfügung in diesen Weltbau notwendig. Der Deutsche erscheint in der Welt draußen als ein Raubtier innerhalb der Menschheit, das vernichtet werden muß. Wenn die da draußen jetzt sehen, daß wir von dem, was von unserem Heer übrig geblieben ist, wieder formieren, damit wir nicht ganz von den Polen und Tschechen aufgefressen werden, so ruft man in Frankreich: Seht, sie wollen den Frieden nicht! Es ist ihnen nicht ernst damit! Nein, wir wollen ehrlich den Frieden, aber wir wollen auch deutschen Boden nicht vom Feinde auffressen lassen. Wir müssen verlangen, daß auch die andere Welt, die Welt der Sieger, das Gefühl der Anständigkeit und Menschlichkeit und Noblesse uns gegenüber besitzt. Fast scheint es, als ob man bei der jetzt bevorstehenden Erneuerung des Waffenstillstandes unsere deutsche Handelsflotte opfern will. Sogar die Baupläne der Schiffe, die wir auf den Werften haben, läßt sich die Entente geben. Wenn die Entente ihre Hand auf unsere Flotte legt, was nützt uns dann die Freiheit der Meere? Ist es möglich, daß man die deutschen Schiffe ausfahren läßt, ohne zu wissen ob man sie jemals wiedersehen wird? (Beifall und Zustimmung.) Wir haben versprochen, auf die Wilsonschen Punkte einzugehen. Mögen sie sauer oder süß sein, sie werden gehalten werden bis aufs letzte. Aber darüber hinaus ist nichts mehr versprochen worden, und ich frage: Wo liegen die Rechte für die Polen, jetzt vor dem Friedensschluß in unsere Grenzen einzudringen? (Lebhafter Beifall.) Wir wollen das Wort von der Selbstbestimmung angewendet sehen. Das gilt vor allem für Elsaß-Lothringen, und vor allem müssen wir auch denken an unsere deutschen Brüder in Böhmen und Oesterreich, die nun aus Hunger und Not zu uns kommen. Wir grüßen sie aufs herzlichste. (Stürmischer und allseitiger Beifall im Saal und auf den Tribünen.) Wir müssen jeden übertriebenen Pessimismus überwinden und dürfen den Glauben an uns selbst nicht verlieren. Wir hoffen, als Volk noch einmal aufzustehen und lehnen gerade deshalb es mit aller Entschiedenheit ab, daß man uns mit Rubelgeld von draußen her den Aufbau stört. Einen Volksstaat aufzurichten, ist ebenso ein technisches Kunststück, wie ein moralischer Entschluß. Um beides möglich zu machen, gehen wir mit der neuen Regierung. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Reichsminister Erzberger

gab dann eine Darstellung der Verhandlungen über die deutschen Schiffe und erklärte: Die in der Oeffentlichkeit aufgetauchte Behauptung, daß die deutschen Schiffe ausgeliefert würden, ist ein großer Irrtum. Die Schiffe werden nicht ausgeliefert, sondern werden nur zur Verfügung gestellt. Das Eigentum an den Schiffen ist für uns gesichert mit der Sicherheit, die jeder internationale Vertrag bietet. Es entspricht der Ansicht der Regierung und dem Sinne des Abkommens, daß die Schiffe vorerst nicht ausfahren, bis nach dem Ernährungsabkommen, das bereits abgeschlossen ist. Auch das Finanzabkommen, in dem die Bezahlung geregelt wird, ist abgeschlossen. Am Schlusse der Rede erklärte Erzberger, seit dem 11. Januar 1919 befinde sich kein alliierter Kriegsgefangener mehr in Deutschland. Umso berechtigter ist die einmütige Forderung des deutschen Volkes, daß nun vor dem Abschluß des Präliminarfriedens die deutschen Kriegsgefangenen uns wiedergegeben werden.

Um ¼7 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen. Nächste Sitzung Freitag.

Ministerpräsident Philipp Scheidemann.

Scheidemann entstammt wie Ebert dem Arbeiterstande und ist wie dieser der Sohn eines kleinen Handwerksmeisters. Er wurde am 26. Juli 1865 in Kassel geboren und besuchte hier die Bürgerschule und Realschule. 1879—83 erlernte er das Buchdruckereihandwerk. Mit 18 Jahren wurde er Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Während der Wanderschaft lernte Scheidemann ein gutes Stück von Deutschland kennen. 1888 fand er dann in Marburg eine feste Anstellung. Das Jahr 1895 endete seine handwerkliche Tätigkeit. Zu diesem Zeitpunkt gab er dem Drängen seiner Parteigenossen, namentlich des Dr. David, nach und ging als Redakteur an die Mitteldeutsche Sonntagszeitung in Gießen. Von hier aus kam er als Redakteur an die Fränkische Tagespost nach Nürnberg, später nach Offenbach und kehrte 1903 in seine Heimatstadt zurück, wo er auf Verlangen des Parteivorstandes die Leitung des dortigen Parteiblattes übernahm. Scheidemanns parlamentarische Tätigkeit begann mit dem Jahre 1903. Der Wahlkreis Solingen sandte ihn als Vertreter in den Reichstag, wo man bald auf ihn wegen seiner rednerischen Befähigung aufmerksam wurde. 1911 wurde er vom Jenaer Parteitag zum Mitglied des Parteivorstandes gewählt. Ein Jahr später kam er als erster Sozialist in das Reichstagspräsidium. Das Amt des Vizepräsidenten hatte er wegen der Haltung der Nationalliberalen indessen nur vier Wochen inne, da er bei der zweiten Wahl nicht wieder gewählt wurde. 1916 wurde Scheidemann Fraktionsvorsitzender neben Ebert.

Deutsche Offensive in Posen.

Das Generalkommando 5. A.-K. teilt mit: Im Abschnitt Züllichau griffen brandenburgische und schlesische Regimenter nach kurzer kräftiger Artillerievorbereitung zwischen Unruhstadt und Bentschen an. Die Stadt Bomst wurde nach zäher feindlicher Gegenwehr genommen. Der Angriff ist in gutem Fortschreiten. Unruhstadt und Schloß Neudorf sind bereits besetzt.

Der Volksrat zu Rawitsch teilt mit: Am 5. Februar bemächtigten sich die Polen des deutschen Städtchens Sarne und des Dorfes Sarnowke bei Rawitsch, doch wurden sie am 7. Februar wieder vertrieben. Unseren anrückenden Truppen bot sich ein trauriges Bild. Wie Vandalen hatten die Polen gehaust. Einzelne Häuser und Gehöfte waren vollständig ausgeplündert und 31 männliche Einwohner wurden verschleppt. Eine gerichtliche Kommission stellte fest, daß für viele hunderttausend Mark Schaden angerichtet worden ist. Viele Wohnungen in Sarne und Sarnowka wurden gänzlich ausgeplündert und demoliert, Kleider, Wäsche und einzelne Möbelstücke sind gestohlen, sogar die Bettbezüge mitgenommen worden. Aus den geschilderten Vorgängen mögen unsere Volksgenossen in den Grenzbezirken und weiter im Inland ersehen, was ihnen bevorsteht, wenn die polnische Flut sich über sie hinwälzt.

Zahlreiche Grausamkeiten der Polen werden bekannt. Der Musketier Bendix vom Grenzschutzbataillon 3, 2. Kompanie, gibt folgende eidesstattliche Erklärung ab: Im Gefecht bei Schubin geriet ich mit noch 50 Kameraden in polnische Gefangenschaft. Bald nach der Gefangennahme wurden uns sämtliche Bekleidungsstücke und Wertgegenstände abgenommen. Unter dauernden Beschimpfungen und Mißhandlungen wurden wir in das Schubiner Gefängnis abgeführt. Von dort kam ich am nächsten Tage, da ich verwundet war, in das Lazarett Schubin, das von einem deutschen Oberarzt geleitet wurde. Als ich hier lag, erfuhr ich, daß soeben 4 Matrosen und ein Artillerist nach dem Kameruner Walde zur Erschießung abtransportiert seien. Ich borgte mir ein Fernrohr und konnte vom Dachboden des Lazaretts folgenden Vorgang beobachten. Fünf nackte Personen, die aufrecht standen, wurden durch Polen in grausamster Weise durch Schläge mit dem Gewehrkolben mißhandelt. Die Opfer wurden, als sie besinnungslos am Boden lagen, erschossen. Die polnischen Soldaten, die diese Tat begangen hatten, kehrten in die Stadt zurück. Die Erschlagenen wurden ohne Bestattung zurückgelassen. — Weiter wird von zuverlässiger Seite berichtet, daß 4 polnische Soldaten, die in den letzten Kämpfen bei Schneidemühl gefallen waren, zur Beerdigung nach Gnesen gebracht wurden. Man zwang 14 deutsche Gefangene, sie zu beerdigen, ohne den Deutschen Schaufeln zu geben, sie mußten mit bloßen Händen in der grimmigen Kälte die hartgefrorene Erde in die offenen Gräber werfen und wurden von den Polen mit der Waffe zur Eile angetrieben.

Die Bolschewisten östlich von Memel.

Ueber die Einnahme von Telze, östlich Memel, berichten Flüchtlinge folgendes: Die Stadt wurde nach einem kleinen Scharmützel von einer etwa zweihundert Mann starken Abteilung mit Maschinengewehren besetzt. Weitere viertausend Mann sollen im Anrücken sein. Requisitionen größten Umfangs wurden in der Umgegend vorgenommen. Die Bolschewisten erließen Manifeste, die besagen, daß in Litauen der Bolschewismus genau so eingeführt werde, wie in Rußland. In Bausk, nordöstlich Mitau, rückte das dritte lettische Bataillon ein. Alle feindlich gesinnten Personen in der Umgegend wurden verhaftet und nach Bausk geschleppt. Der Pfarrer Bielenstein aus Altraden und ein Herr v. Uloth aus Petershof wurden erschossen. In Eiken wurden 123 wohlhabende, deutschsprechende Leute bei einer Versammlung überrascht und festgenommen. Dreiundsechzig von ihnen sollen am anderen Tage in Bausk erschossen worden sein. Auch mehrere Letten, die während der deutschen Besetzung das Amt des Gemeindevorstehers versahen, wurden erschossen. Später rückte auch das zweite lettische Bataillon ein. Die Truppen äußerten, sie seien von Lenin geschickt, um sich mit der deutschen Spartakus-Gruppe zu vereinigen. Sie beabsichtigen, nach Libau zu gehen. Die Truppen waren gut bewaffnet und machten einen wohldisziplinierten Eindruck. Auch Artillerie und Kavallerie befand sich darunter.

Zur Lage unserer Kriegsgefangenen im Osten.

Wie gemeldet wird, befinden sich noch insgesamt etwa 45 000 deutsche Kriegs- und Zivilgefangene in Rußland, davon 40 000 in Sibirien, darunter 400 Offiziere und 16 000 Soldaten, außerdem etwa 2500 Mann in Turkestan und 2000 bis 2500 in den Kosaken-Provinzen und im Kaukasus. Alle übrigen sind aus Rußland zurückbefördert, soweit sie nicht in die Rote Garde und internationale Regimenter eingetreten sind. Bei den letzteren handelt es sich um mehrere Tausend Mann. Sie haben diesen Schritt teils aus Neigung zum Bolschewismus, teils gezwungen durch Not und Hunger oder angelockt durch die hohen Löhne getan. Durch neutrale Staaten ist eine weitgehende Fürsorgetätigkeit für die nächste Zeit in Aussicht genommen. Diese Fürsorgetätigkeit wurde von uns angeregt und ist von der Entente erlaubt worden. Ferner hat Deutschland bei der Entente den Antrag gestellt, eine Kommission nach Sibirien schicken zu dürfen. Eine Antwort ist jedoch noch nicht eingelaufen. Unsere in Japan befindlichen Gefangenen sollen in nächster Zeit durch Abgeordnete der Schweiz besucht werden. Die in Japan befindlichen älteren Leute werden voraussichtlich bald ausgeliefert. Die Frage des Abtransportes deutscher Gefangener aus dem nichtbolschewistischen Rußland ist zur Zeit Gegenstand von Verhandlungen.

Der Wortlaut des Erzbergerschen Schiffahrtsabkommens.

Die Abmachungen der Waffenstillstandskommissionen, die um einer noch dazu höchst problematischen Nahrungsmittelversorgungswillen darauf hinauslaufen, unsere Handelsflotte — wenn auch angeblich zunächst nur für eben diese Nahrungsmittelbeschaffung — an den Verband auszuliefern, haben in ganz Deutschland und besonders an der Nordseeküste, das größte Mißtrauen und eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Aus einer Schilderung des Staatssekretärs Erzberger, des Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission, erfährt man

jetzt den Wortlaut des Schiffahrtsabkommens, das Erzberger hat sich abpressen lassen. Es lautet:

„Um die Lebensmittelversorgung Deutschlands und des übrigen Europas sicher zu stellen, wird die deutsche Regierung alle nötigen Maßnahmen treffen, um während der Dauer des Waffenstillstandes die ganze deutsche Handelsflotte der Kontrolle und der Flagge der alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten, denen ein deutscher Delegierter beigegeben ist, zu unterstellen. Diese Vereinbarung greift in keiner Weise der endgültigen Verfügung über diese Schiffe vor. Die Alliierten und die Vereinigten Staaten können, falls sie dies für nötig erachten, die Bemannung teilweise oder ganz ablösen. Die auf diese Weise zurückgeschickten Offiziere und Schiffsmannschaften sollen nach Deutschland zurückbefördert werden. Für die Verwendung dieser Schiffe wird eine angemessene Vergütung gewährt, die durch die alliierten Regierungen festgesetzt wird. Alle Einzelheiten, sowie die für die verschiedenen Schiffsgattungen zu beschließenden Ausnahmen werden durch eine besondere Vereinbarung geregelt, die unverzüglich getroffen werden muß."

Erzberger fügt dem in seinem Bericht hinzu: Unter dem Druck der Verhältnisse mußte diese Fassung angenommen werden, wenn nicht die Verlängerung des Waffenstillstandes in Frage gestellt werden sollte. Sie wurde deutscherseits angenommen in der Erwartung (!) daß die Sonderkommission zur Regelung der Details und zur Besprechung der bei der Ablieferung zuzulassenden Ausnahmen dem deutschen Standpunkt Bewegungsfreiheit lassen werde.

Die neuen Erpressungen der Raubverbändler.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" führt u. a. aus: Die Vorwände, mit denen von französischer Seite die neuen Erpressungen — die Forderung der Auslieferung weiteren umfangreichen Kriegsmaterials kann nicht mehr anders bezeichnet werden — bemäntelt werden, werden immer fadenscheiniger. Immer müssen einige Lokomotiven, die zu wenig abgeliefert sind, und das in der Verbandswelt gut eingeführte Geschütz des Militarismus in Deutschland herhalten. Marschall Foch will nicht mit uns verhandeln, sondern will uns zermalmen. Aber Marschall Foch soll nicht vergessen, daß in der Geschichte der Völker schon mehr als einmal Totengebein zum Rächer erstand.

Das Pariser „Journal" will laut „Lokalanz." wissen, daß die gegenwärtige Besetzungslinie des Verbandes um 50 Kilometer bis Duisburg vorgerückt werden soll, und daß Foch zwei Drittel des noch vorhandenen deutschen Geschützmaterials verlangt. Doch bemerkt dasselbe Blatt, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Amerika noch nicht beigelegt sind. — Nach dem „Nieuwen Rotterdamschen Courant" sollen folgende Forderungen für die neue Verlängerung des Waffenstillstandes auferlegt werden: Die Besetzung von Essen-Ruhr und etlichen Häfen an der Nord- und Ostsee, weiterhin neben den militärischen Maßnahmen solche kommerzieller und finanzieller Art. Der Verband hat diesmal die Absicht, für den neuen Vertrag die Unterschrift der deutschen Nationalversammlung zu verlangen.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes.

Nach Anhörung der militärischen Sachverständigen nahm der Entente-Kriegsrat folgende Entschließungen an: Der gegenwärtige Waffenstillstand wird am 17. Februar für eine sehr kurze Dauer erneuert werden mit der Möglichkeit für die Alliierten, ihn jederzeit aufzuheben, sobald die Klauseln nicht erfüllt werden, zu denen die vorher von den Deutschen nicht ausgeführten gehörten, sowie die Verpflichtungen für ihre Heere, unverzüglich die Feindseligkeiten gegen Polen einzustellen und nicht die festgesetzte Linie zu überschreiten. Während der kurzen Frist wird eine Sonderkommission endgültig die Bedingungen für den neuen Waffenstillstand revidiert haben, der diesmal bis zur Unterzeichnung der Friedenspräliminarien gelten soll.

Die Bedingungen sind scharf und sollen vor allem eine Demobilmachung und Entwaffnung Deutschlands unter der Kontrolle der Alliierten ins Auge fassen. Deutschland wird dann mit den neuen Waffenstillstandsbedingungen befaßt werden. Die Nationalversammlung in Weimar wird sie zweifellos bis zum Erlöschen des provisorischen Waffenstillstandes zu prüfen vermögen.

Die amerikanischen Lebensmittel und Deutschland.

Im Auftrage der Regierung der Vereinigten Staaten weilt seit einigen Tagen der nach Europa gesandte Lebensmittelverwalter Magnus Swenson in Kopenhagen, um zu untersuchen, ob sich dieser Hafen als Stapelplatz für die Lebensmittel eignet, die Amerika verschiedenen bedrängten Ländern schicken will. In diesem Falle sollen gewaltige Vorräte nach Kopenhagen verschifft werden, von wo aus dann die Weiterverteilung erfolgt. Aus Swensons Mitteilungen an die dänische Presse geht hervor, daß Deutschland noch lange auf Lebensmittel warten kann. Zuerst kommen Finnland, die baltischen Länder, Oesterreich und erst später vielleicht Deutschland an die Reihe. Die von den Bolschewisten beherrschten baltischen Gebiete bleiben jedoch außer Betracht, da Amerika mit Unruhestiftern nichts zu tun haben will. Was Deutschland betrifft, so will Amerika erst den Beschluß des gesamten Vielverbandes abwarten. In Amerika, sagt Swenson, habe man die Auffassung, daß die Not in Deutschland zum Teil an der ungeeigneten Verteidigung liegt (!), und bevor nicht Ordnung im Lande herrsche, erhalte Deutschland nichts aus Amerika. Skandinavien werde allmählich alles bekommen, was es brauche; doch könne es nicht auf unbegrenzte Zufuhr solcher Rohwaren rechnen, wonach auf dem Weltmarkt starke Nachfrage herrscht. Das gleiche gilt vom Getreide, da große Mengen nach Belgien und Nordfrankreich gesandt werden müßten.

Der Völkerbund.

Das Holländsche Nieuws-Bureau meldet aus Paris: Wie verlautet, sind unter französischem Einfluß mehrere Aenderungen des Völkerbundplans vorgenommen worden, so daß die ganze Einrichtung des Bundes sich mehr in der Richtung der nationalen Souveränität verschiebt. Besonders trifft dies zu auf die Pläne der Beibehaltung der nationalen Streitkräfte. Wie Larnaude, der Frankreich in dieser Kommission vertritt, mitteilte, umfaßt die Regelung jetzt folgende Punkte:

1. Ein bevollmächtigter Ausschuß von 10 bis 12 Mitgliedern, die von den Großmächten ernannt werden, aber für den Gesamtbund auftreten sollen; dieser Ausschuß ist permanent.
2. Ein Gerichtshof, der die Streitfragen entscheidet und die Nationen vorladen läßt, die vom Vollzugsrat die betreffende Ladung zu erhalten haben.
3. Ein internationales Parlament, das jährlich einmal zusammentritt, Delegierte aller Mitgliedernationen umfaßt und sich mit der internen Gesetzgebung beschäftigt.
4. Eine internationale Streitmacht, die aus Heer und Flotte besteht.
5. Jede Nation muß innerhalb ihrer Grenzen ihren Teil des Heeres beibehalten und diesen sofort auf Wunsch des Vollzugsrats überall zur Verfügung stellen.

Diese Militärmacht wird lediglich dazu verwandt, um Nationen zu zwingen, ihre Zwistigkeiten ohne Krieg durch den Apparat des Völkerbundes zu erledigen. Wenn diese Regelung sich als unmöglich erweist, darf ohne weitere Einmischung des Bundes der Krieg erklärt werden, solange die kriegführenden Parteien die vom Bund festgestellten Kriegsgesetze achten. Außer den militärischen Maßnahmen kommt auch der wirtschaftliche Boykott als Machtmittel in Betracht.

Französische Kultur im Saarbecken.

Hinter dem aus Verkehrssperre und Briefzensur gewebten Schleier fühlen sich die Franzosen im Saarbecken so ganz unter sich, daß sie jede Kulturmaske abwerfen und sich Handlungen erlauben, die tatsächlich das Licht der Welt scheuen. Zwei neue, durchaus verbürgte Fälle mögen dies illustrieren. Geheimer Baurat Giesecke wurde vom französischen Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich darüber beschwert hat, daß ein bei ihm einquartierter französischer Offizier eine Maitresse mitbrachte und in dem von Gieseckes Familie bewohnten Hause unterbrachte. Gleich nach Einrücken der französischen Besatzung wurde dem Oberbürgermeister von Saarbrücken durch den befehlführenden General aufgegeben, vier passend gelegene Häuser von ihren Bewohnern räumen und als Bordells einrichten zu lassen. Bei der notgedrungenen Durchführung des Befehls mußten 24 Familien auf die Straße gesetzt werden und blieben in der überfüllten Stadt zunächst obdachlos. So sieht also die gepriesene Kultur aus, mit der die Franzosen im Saargebiet moralische Eroberungen machen wollen. Vom deutschen, allerdings ganz andersartigen Kulturstandpunkt aus nennt man solche Dinge unanständig und schamlos und verabscheut sie umsomehr, wenn sie nicht irgend welchen, in der Masse verschwindenden Individuen, sondern, wie in diesem Falle, französischen militärischen Standespersonen zur Last fallen.

Der Gipfel des Blödsinns.

Die englische Wochenschrift „The Globe" (London) versetzt ihren Lesern folgende Prophezeiung: Man muß niemals vergessen, daß der russische Bolschewismus ein Produkt der deutschen Intrige ist und daß seine Führer alle deutsche Agenten sind. Es ist eine Macht, welche in den Händen unserer Feinde liegt, und es ist eine große Gefahr, und sie möchten sie zu unserem Schaden benutzen. Deutschland ist noch immer unser Unglück. Seine Armee ist noch nicht demobilisiert.

Im Gegenteil, unter Hindenburg wird sie an der östlichen Front wieder vereinigt und es ist zu fürchten, daß dieser ehrgeizige und ganz und gar nicht bedenkliche Feldherr hofft, sich mit den bolschewistischen Kräften zu vereinigen, sie zu seinen Zwecken zu gebrauchen. Es sind von hervorragenden Deutschen Winke gegeben worden, daß Deutschland im Osten einen Ersatz für seinen Verlust im Westen suchen muß. Und wenn Hindenburg und die Bolschewiki zusammenkommen, wird der deutsche General nicht die geringsten Schwierigkeiten haben, um die ungeheure russische Armee als Zubehör der deutschen zu gewinnen.

Die russischen Soldaten würden nur den Vorgesetzten wechseln und sie würden Hindenburg gewiß ihren jetzigen Tyrannen vorziehen. Man braucht die Gefahr, welche der ganzen Welt und besonders England droht, nicht zu betonen, wenn Deutschlands Pläne, Rußland zu unterwerfen, glücken sollten. Mit dieser ungeheuren Männermacht in der Tasche würde Deutschland einen anderen Befehl bei der Unterwerfung der Welt anhagen. Bolschewistische Agenten würden unter Deutschlands Schutz gewonnen werden, um in den Ländern, denen es seine Niederlagen verdankt, Unruhe und Unzufriedenheit zu stiften, und in der Tat, wir sind nicht sicher, ob sie nicht schon am Werke sind. Die deutsch-russische Lage ist so bedrohlich, daß wir ganz energisch handeln müssen, wenn wir uns nicht Gefahren gegenüber sehen wollen, denen wir entschlüpft sind."

Die Angst vor Hindenburg, oder vor den Bolschewisten — vielleicht auch vor beiden — scheint das englische Blatt völlig um den Verstand gebracht zu haben. Welchen Respekt müssen aber diese Jammerseelen vor Hindenburg gehabt haben, als der Zusammenbruch Deutschlands noch nicht erfolgt war.

Deutschlands kommende Industrienot.

Ein Führer der deutschen Industrie sieht die Aussichten der kommenden Zeit in folgenden pessimistischen Farben an: Der Industrierückgang wird leider so groß werden, daß Deutschland 7—8 000 000 Arbeiter ohne Beschäftigung und wahrscheinlich das Zweieinhalbfache, also 20 000 000 brotlos macht. Der Rückgang wird, da wir Elsaß-Lothringen verlieren, unsere Stahlproduktion, die, eingeschlossen Elsaß-Lothringen und Luxemburg, früher auf über 19 000 000 To. gestiegen war, um 6 000 000 Tonnen reduzieren. Außerdem ist anzunehmen, daß wir mindestens mit der Zufuhr der Minette nach dem rheinisch-westfälischen Revier noch 4 000 000 Tonnen Stahl verlieren. Auch befürchten wir, daß uns die Entente einen großen Teil der schwedischen Erze abnimmt, so daß die Stahlproduktion infolgedessen um nochmals 3 000 000 Tonnen zurückgeht, so daß wir, vorausgesetzt, daß wir Erze aus Spanien beziehen, allerhöchstens eine Stahlproduktion von 6—7 000 000 Tonnen behalten. Im ersten Jahre wird aber auch der Erzbezug über den Atlantischen Ozean und damit auch von Spanien noch fernbleiben. Mit dieser scharf absteigenden Kurve der Stahlerzeugung werden alle Industrien diese Kurve ebenfalls zeigen. Die Baumwoll-Industrie, die chemische Industrie, die elektrische Industrie sind alle ohne Rohmaterialien; die Magazine sind leer, der Kredit ist fort. Woher soll Auffüllung der Magazine für die Betriebe kommen? Ich sehe nach dieser Richtung hin furchtbar schwarz und wüßte auch nicht einen Weg zu sagen, der Lichtschein schaffen würde. Deutschlands Industrie ist mindestens zur Hälfte verloren. Der Höhepunkt von 1913-14 wird niemals wieder erreicht werden. Deutschland kommt somit nicht mehr auf den Export von Industrieprodukten, sondern wieder auf den Export bezw. Auswanderung von Menschen.

Schluss der Berner Konferenz.

Die Aussprache über die Kriegsgefangenenfrage wurde in der Nachtsitzung am Montag im internationalen Gewerkschaftskongreß fortgesetzt und endete mit Annahme einer Entschließung auf Heimbeförderung aller Kriegsgefangenen. Wiener und Renaudel verzichteten auf ihre Entschließungen. Ueber Diktatur und Demokratie berichtete Branting und legte namens des Ausschusses eine Entschließung vor, in der es u. a. heißt: Die Konferenz begrüßt die gegenwärtigen Umwälzungen in Rußland, Oesterreich und Deutschland und fordert die Arbeiter aller Länder auf, auch revolutionäre Einrichtungen anzustreben, in deren Rahmen politische Umwälzungen sich vollziehen sollen. Die Konferenz steht nach wie vor auf dem Boden der Demokratie, die auf der Freiheit in Rede und Schrift, auf dem gleichen, allgemeinen Wahlrecht und auf Koalitionsfreiheit beruht. Die Sozialisierung der Betriebe muß planmäßig erfolgen. Die willkürliche Uebernahme einzelner Betriebe durch kleine Gruppen von Arbeitern ist nicht als Sozialisierung anzusehen. Jeder Versuch zur Diktatur eines kleinen Teiles des Proletariats würde der Sozialistischen Entwickelung gefährlich werden. Auf dem nächsten Kongreß soll die Frage des Bolschewismus behandelt werden. Ein Ausschuß soll diese Frage an Ort und Stelle in Rußland untersuchen. Infolge allgemeiner Unruhe während der Aussprache vertagte Huysman die Sitzung um 1 Uhr nachts.

In der Schlußsitzung des internationalen Gewerkschaftskongresses Sonntag nachmittag wurde die Entschließung des Völkerbundausschusses einstimmig angenommen, ebenso die Entschließung der französischen Vertreter über die wirtschaftliche Aufgabe des Völkerbundes. Jonhaux erklärte, die französische Abordnung billige es keinesfalls, daß ein besiegtes Volk dem Hungertode preisgegeben und seine Kriegsgefangenen zu Zwangsarbeiten herangezogen werden. Das Elend des deutschen Volkes lasse die französischen Sozialisten nicht gleichgiltig. Brunning (England) erklärte, die englischen Sozialisten würden alles tun, um die deutschen Kriegsgefangenen vor Zwangsarbeit zu bewahren. Jansson (Deutschland) erkannte daran, daß die deutschen Gewerkschaften sich der aus Belgien Verschickten seinerzeit erfolgreich angenommen hätten.

Die Abhaltung eines weiteren Kongresses wurde beschlossen, Ort und Zeit aber nicht bestimmt.

Kleine Nachrichten.

In Zentrumskreisen wird der Plan erwogen, ein selbständiges Reichskolonialamt beizubehalten. In diesem Falle werde an die Spitze des Reichskolonialamtes Erzberger stehen.

Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Nordamerika billigte mit 194 gegen 142 Stimmen das Flottenprogramm für drei Jahre und nahm die gesamte Flottenvorlage an.

Von zuständiger Stelle erfährt die „Deutsche Allgem. Ztg.", daß die englische Regierung neuerdings die Genehmigung zur allgemeinen Heimbeförderung der deutschen und anders feindlichen Zivilinternierten, die abzureisen wünschen, erteilt hat. Die Heimschaffung soll so schnell erfolgen, als der verfügbare Schiffraum es gestattet.

Tagesereignisse.

— **(Das neue Ministerium.)** Präsidium des Reichsministeriums: Schiedemann; Vertreter im Präsidium des Reichsministeriums und Reichsminister der Finanzen: Schiffer; Reichsminister des Auswärtigen: von Brockdorff-Rantzau; Reichsminister des Innern: Preuß; Reichsarbeitsminister: Bauer; Reichswirtschaftsminister: Wissel; Reichsernährungsminister: Robert Schmidt; Reichsjustizminister: Landsberg; Reichswehrminister: Noske; Reichskolonialminister: Dr. Bell; Reichspostminister: Giesberts; Reichsminister des Demobilmachungsamtes: Dr. Koeth; ferner drei Minister ohne Portefeuille: Dr. David, Erzberger und Gothein.

— **(Wieder nach Berlin.)** Die Reichsregierung wünscht, laut „Deutscher Allg. Ztg.", die notwendigen Arbeiten für die Nationalversammlung bis Anfang April zu beenden, und, wenn nach Ostern noch einmal ein Zusammentritt nötig ist, sie in Berlin tagen zu lassen, das auch für die späteren Tagungen im Volkshause in Aussicht genommen ist.

— **Die Einberufung der preußischen Landesversammlung** ist gestern im preußischen Kabinett zum 4. März beschlossen. Außerdem haben die maßgebenden Faktoren, besonders der Zentralrat, die Absicht, auch für Preußen einen Staatspräsidenten zu wählen.

— **(Preußische Generale als Unabhängige?)** Nach einer Meldung des „Heidelberger Tageblatt" sollen der frühere Kommandierende General des 15. Armeekorps, Exzellenz von Deimling, aus der Zabernaffäre noch in der Erinnerung, und General Schöpflin, früher in Straßburg, ihren Uebertritt zur Unabhängigen sozialdemokratischen Partei erklärt haben. — In unterrichteten Kreisen hält man diese Meldung für eine geschickt lancierte Ente der Franzosen. Man kann ja aus der französischen Presse jeden Tag ersehen, wie Versuche gemacht werden, die öffentliche Meinung und die Gedanken der Verbündeten in bestimmte Bahnen zu lenken. Allerdings, wenn die russischen Bolschewistenheere sich mit den deutschen Spartakisten zum Kampf gegen die Entente vereinigen wollen, dann brauchen sie Führer. Ihre Muschiks sind wohl kaum tauglich dazu, warum sollten also nicht die preußischen Generale, die vorher siegreich gegen die Franzosen die deutschen Armeen geführt haben, nunmehr die Bolschewistenheere führen. Hier ist weniger der Wunsch Vater des Gedankens, als die Furcht vor den Folgen der eigenen Gewalt.

— **(Estland von den Bolschewisten gesäubert.)** Durch den estnisch-finnischen Vormarsch ist nunmehr das ganze Gebiet der estnischen Republik von den Bolschewisten befreit worden. Außer dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Walk sind auch die Städte Werro und Peischory genommen worden. — In Kurland ist die Lage vor Libau seit längerer Zeit unverändert. Auf beiden Seiten sind Verstärkungen eingetroffen. Die deutschen Stellungen an der Windau, in denen öfters Gefechte stattfinden, sind behauptet worden. Die von den Bolschewisten besetzte Hafenstadt Windau wurde durch englische Kriegsschiffe beschossen. Inzwischen ist auch die in Mitau zurückgelassene Vertretung der deutschen Gesandtschaft von ihrem Amtssitze entfernt worden. Sie wird seit über zwei Wochen in Wilna von den Bolschewisten unter strenger Bewachung zurückgehalten. Diese setzen in den von ihnen besetzten Gebietsteilen ihr Schreckensregiment fort. In Riga werden täglich zahlreiche Personen ohne Unterschied der Nationalität vom revolutionär-bolschewistischen Tribunal zum Tode verurteilt und erschossen.

Aus aller Welt.

— **Gewalttaten gegen Offiziere.** Am Tage nach dem Bekanntwerden der Armeeverordnung über die Neuregelung der Kommandogewalt und Rangabzeichen veranstaltete in Allenstein ein Haufen revolutionärer Soldaten und Matrosen eine wüste Kundgebung. Mit Schildern „Nieder mit den Offizieren" zogen gegen 200 Mann durch die Straßen. Den Offizieren und Soldaten wurden blanke Waffen und Revolver vorgehalten und Rangabzeichen und Kokarden abgerissen, wobei sich ein höchstens 18jähriger Schiffsjunge besonders hervortat. Ein Offizier, der sich weigerte, sich die Achselstücke abreißen zu lassen, wurde von den Leuten niedergestochen, er ist seinen schweren Wunden erlegen. In einer Erklärung des Soldatenrates wird dieser Vorgang aufs schärfste verurteilt und mitgeteilt, daß ein Strafverfahren eingeleitet sei.

— **Ein Raubmordversuch in Hannover.** Mittwoch drangen in den frühen Abendstunden auf den Inhaber des Goldwarengeschäfts Schillerstraße 21, Steinwehr, als er eben das Geschäft verlassen wollte, zwei Personen, ein etwa 19jähriger Soldat und ein etwa 24jähriger Zivilist, ein und forderten von ihm die Herausgabe der Schlüssel zum Geschäft. Da Steinwehr dies verweigerte, wurde er durch drei Axthiebe zu Boden geschlagen, wo er bewußtlos liegen blieb. Die beiden drangen nun in das Geschäft ein, wo noch ein Angestellter tätig war, der sofort um Hilfe rief. Zur selben Zeit kam die Frau des Hausmeisters in das Geschäft, wurde jedoch ebenfalls mit Beilhieben niedergeschlagen. Da die Frau jedoch trotz der Verletzungen noch um Hilfe rufen konnte, flüchteten die Täter. Die aufgenommene Verfolgung führte leider nicht zur Verhaftung der Täter, da diese auf die Verfolger Schüsse abgaben. Der sofort herbeigerufene Arzt stellte schwere, jedoch nicht lebensgefährliche Verletzungen fest. Von den Tätern hat man keine Spur; bekannt ist nur, daß sie schon am Tage zuvor bei Herrn Steinwehr um einen Hausdienerposten angefragt hatten.

— **Der Sturm auf die Garderobe.** Am Ende einer Festlichkeit in Berlin, als die Festteilnehmer ihre Garderobe in Empfang nehmen wollten, veranstaltete eine Bande absichtlich einen heftigen Angriff auf den Garderobenraum. Dadurch wurden die Garderobenfrauen außer Tätigkeit gesetzt, und jeder nahm nun, was er erreichen konnte. Außer 39 Herren- und Damen-Ueberröcken fiel den Spitzbuben noch eine ganze Anzahl kostbarer Pelze in die Hände.

— **Verkehrte Welt.** Zu welchen Folgen die Lohnforderungen der Arbeiter führen, zeigen folgende Beispiele, die eine schwedische Zeitung anführt. Während der Heizer eines Stockholmer Schleppdampfers im Monat 225 Kronen erhält, beträgt das Gehalt des Kapitäns desselben Dampfers nur 215 Kronen monatlich. Und während ein Hofer führmann seine 600 Kronen monatlich verdient haben die Maschinisten am Elektrizitätswerk, die zwei Prüfungen abgelegt haben, zur See gefahren sind und eine Vorgesetztenstellung einnehmen — 435 Kronen im Monat.

— **Rache für Liebknecht und Rosa Luxemburg.** In Wickersdorf bei Altenburg wurde, wie das „Berl. Tgbl." meldet, die betagte Gastwirtsfrau Sönne ermordet aufgefunden. Bei der Leiche befand sich ein Zettel mit der Aufschrift: „Rache für Liebknecht und Rosa Luxemburg!"

— **Infolge Mißverständnisses erschossen** wurde in Königsberg ein 21jähriger Handlungsgehilfe. Er hatte als Angestellter der Firma Silberstein mit mehreren Kriminalbeamten Nachtwache. Der Schließer des Hauses glaubte bei seinem Kontrollgange im Hause Diebe bemerkt zu haben und benachrichtigte die Volkswehr, die das Geschäftshaus, offenbar ohne Kenntnis von der Nachtwache zu haben, durchsuchte. Dabei kam es zu einer regelrechten Schießerei, deren Opfer der Handlungsgehilfe wurde. Außer ihm wurden noch ein Matrose und ein Kriminalbeamter verletzt.

— **Geheimschlachtung im Chemnitzer „Volkshaus".** Das Organ der Chemnitzer Spartakisten berichtet: Vor 14 Tagen hat die Verwaltung des den sozialdemokratischen Gewerkschaften gehörenden „Volkshauses" nachts einen Ochsen von über 5 Zentner Schlachtgewicht geschlachtet. Als die Polizei davon Wind bekam und eine Haussuchung vornahm, fand sie nur noch ein Faß mit 122 Pfund Fleisch, das beschlagnahmt wurde. In Arbeiterkreisen erzählt man sich schon lange, daß die Stammgäste im „Volkshaus" sehr gute Happen zu essen bekommen, ohne Marken abgeben zu müssen. Der A.- und S.-Rat versicherte, daß der Fall ohne Ansehen der Person untersucht und behandelt werden solle. Die Sozialdemokratie müsse dafür sorgen, daß in ihren eigenen Unternehmungen reine Wirtschaft herrsche. Schuldige würden selbstverständlich unnachsichtlich bestraft werden.

— **Von Erdschollen zugedeckt.** In Klein-Gerstewitz geriet der 19 Jahre alte Dienstknecht Paul Müller beim Ausgraben einer Rübenmiete unter stürzendes Erdreich und wurde verschüttet. Sein Dienstherr konnte ihn nur als Leiche hervorziehen.

Westfalen

Für unsere K

Kamen, 14. F... lichen Kriegsgefange... überschritten und ... Heimat begehen kon... den nicht ein, nun ... und Zivilgefangenen ... Aus diesem Grund... eine starke Bewegu... Appell an das We... unserer gefangenen ... der Feind bis zum ... will, wobei Frankr... 200 000 Mann zurü... den sog. Aufbaugeb... Da sind wir e... Blutstreue und der ... Brüder, die für u... haben, und fordern ... gewißheit ihres S... werde. Wie sehr ... Gemüter ergriffen ... such der vorgestrigen ... hof. Der große S... von auswärts war... gefangenen gekomm...

Herr Rektor S... Leiter der hiesigen ... Fürsorge für unsere... am Herzen lag, b... kommens und gab ... den starken Besuch ... er Herrn Hugo ... Leiter der vereinig... im Regierungsbezi... eignet war, über ... fangenen zu berich... einen interessanten ... reiche Tätigkeit de... auf die wir später ... werden. „Gebt di... das soll jetzt die ... habe alles getan, ... in Feindesland zu ... dem Gewäsche ... müsse sich jetzt er... schwinden lassen ... zum Schutze der ... gefangenen" zus... allein den Schutz, ... würdige Behandlu... Der Ruf von 7... wecken und unsere... Auch hier in Kam... des Volksbundes ...

Der Ausschuß ... bund zum Sch... Zivilgefange... gegend besteht ... 1. Kriegsgefangene ... 2. zurückgekehrte ... 3. Gianonatti; ... genen: R. Schar... Neckmann, Fr. Pa... Hegener aus Kam... Heeren und Fra... Hauptausschuß ... fürsorge: Funcke, ... ninghoff, Dr. Ev... schuß der Ortsgru... besteht aus: Fra... Luise und Frl. ...

Die Versamm... Zustimmung zu ... Wahl der leitend... Beitragszahlunge... gegen werden ei... der Kriegsgefan... gefangenenhilfen ... mitgegenzenommen...

Dann ergriff ... mund das Wort ... unserer im O... Brüder zu gebe... gefangene und ... deutschen Grenz... erreichen konnte... in den Gefang... herrschend; dazu... kehr bis auf die ... Die Rückführung ... möglich und des... und Amerika ge... dem Seewege h... stehe die Sache ... Behandlung der ... und den Kolon... Der Grund der ... machtvoll zu pro... zosen die qualvo... Brüder verlänge... Winterfeld seien ... aufgetreten, aber ... handlungen die ... Das ganze Volk ... standskommission ... bund an die ne... appellieren. De... Bunde beizutre... desto machtvoller ... des Volksbundes ... persönlich die ... ihres Tuns zu ... sie überhaupt n... heimgegeben, ei... breiten. Dadur... der Franzose ... Sklaven, aber ... handeln wolle. ... tiger Appell a...

Es wurde b... genommen:

Ueber tau... dem deutschen ... für Kamen u... zum Schutz ... und Zivi... haben, weise... hin, daß na... Waffenstillsta... das unseren ... drohende Ge... fangenen, v... früherer völ... naten nicht e... Verwundeten ... dem Wiedera... aller Heere ... verstadt, ih... treten werde...

Westfalen u. Rheinland.

Für unsere Kriegsgefangenen!

Kamen, 14. Febr. Nachdem die feindlichen Kriegsgefangenen die Grenzpfähle bereits überschritten und das Wiedersehen in der Heimat begehen konnten, fällt es unsern Feinden nicht ein, nun auch die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen der Heimat zuzuführen. Aus diesem Grunde geht durch unser Volk eine starke Bewegung, um durch machtvollen Appell an das Weltgewissen die Freilassung unserer gefangenen Brüder zu erwirken, die der Feind bis zum Friedensschluß verzögern will, wobei Frankreich noch droht, daß es 200 000 Mann zurückhalten werde, um sie in den sog. Aufbaugebieten arbeiten zu lassen. Da sind wir eingedenk der Pflichten der Blutstreue und der Dankbarkeit gegen unsere Brüder, die für uns gekämpft und gelitten haben, und fordern, daß der qualvollen Ungewißheit ihres Schicksals ein Ende gemacht werde. Wie sehr diese Sache auch hier die Gemüter ergriffen hat, zeigte der starke Besuch der vorgestrigen Versammlung im Schützenhof. Der große Saal war voll besetzt; auch von auswärts waren Angehörige von Kriegsgefangenen gekommen.

Herr Rektor Siegler, der verdienstvolle Leiter der hiesigen Kriegsschreibstube, dem die Fürsorge für unsere Gefangenen stets besonders am Herzen lag, brachte den Gruß des Willkommens und gab der Freude Ausdruck über den starken Besuch. Besonderen Gruß entbot er Herrn Hugo Busch, Dortmund, der als Leiter der vereinigten Kriegsgefangenenhilfen im Regierungsbezirk Arnsberg besonders geeignet war, über die Lage unserer Kriegsgefangenen zu berichten. Herr Siegler gab dann einen interessanten Rückblick über die umfangreiche Tätigkeit der hiesigen Kriegsschreibstube, auf die wir später ausführlicher zurückkommen werden. „Gebt die Kriegsgefangenen heraus!", das soll jetzt die Parole sein. Die Regierung habe alles getan, um das Los unserer Brüder in Feindesland zu mildern, leider nicht mit dem gewünschten Erfolg. Das ganze Volk müsse sich jetzt erheben, alle Gegensätze verschwinden lassen und sich in dem „Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen" zusammenschließen, der nicht allein den Schutz, sondern auch eine menschenwürdige Behandlung der Gefangenen fordere. Der Ruf von 70 Millionen soll die Welt wecken und unsern Brüdern Rettung bringen. Auch hier in Kamen hat sich eine Ortsgruppe des Volksbundes gebildet.

Der Ausschuß der Ortsgruppe „Volksbund zum Schutze der Kriegs- und Zivilgefangenen" für Kamen und Umgegend besteht aus folgenden Mitgliedern: 1. Kriegsgefangenenhilfe: Siegler und Richter; 2. zurückgekehrte Kriegsgefangene: H. Lange, D. Gianonatti; 3. Angehörige der Kriegsgefangenen: R. Scharfenberg, H. Brinkmann, K. Reckmann, Fr. Pankok, Frau Bülhoff und Frau Hegener aus Kamen, sowie W. Böckmann aus Heeren und Frau Hertz aus Bergkamen; 4. Hauptausschuß des Hilfsvereins für Kriegsfürsorge: Funcke, Dr. Wiesner, Kneer, Moenninghoff, Dr. Everlien, Rüberg, — Der Ausschuß der Ortsgruppe Methler und Umgegend besteht aus: Frau Dr. Vollmann, Schwester Luise und Frl. Freisendorff.

Die Versammlung gab widerspruchslos ihre Zustimmung zu dieser Gründung und zu der Wahl der leitenden Persönlichkeiten. Laufende Beitragszahlungen sind nicht beabsichtigt, dagegen werden einmalige Beiträge zum Besten der Kriegsgefangenen gern bei den Kriegsgefangenenhilfen in Kamen und Methler entgegengenommen.

Dann ergriff Herr Hugo Busch aus Dortmund das Wort, um erst ein Bild der Lage unserer im Osten zurückgehaltenen 250 000 Brüder zu geben, von denen 85 000 Kriegsgefangene und 100 000 Zivilgefangene die deutschen Grenzen in den letzten 5 Monaten erreichen konnten. Not, Elend und Tod sind in den Gefangenen-Lagern Rußlands vorherrschend; dazu kommt, daß jeder Schriftverkehr bis auf die letzte Zeit unterbunden war. Die Rückführung über den Landweg sei unmöglich und deshalb habe man sich an Japan und Amerika gewandt, die Heimbeförderung auf dem Seewege herbeizuführen. Im Westen stehe die Sache nicht besser. Die Gefangenen-Behandlung der Franzosen in dem Mutterlande und den Kolonien spotte jeder Beschreibung. Der Grund der Versammlung sei besonders der, machtvoll zu protestieren, weil gerade die Franzosen die qualvollen Leiden unserer gefangenen Brüder verlängern wollen. Erzberger und Winterfeld seien mit allem Nachdruck dagegen aufgetreten, aber der Franzose wolle durch Verhandlungen die Sache in die Länge ziehen. Das ganze Volk müsse hinter der Waffenstillstandskommission stehen und durch den Volksbund an die neutralen und feindlichen Länder appellieren. Deshalb sei es Pflicht aller, dem Bunde beizutreten. Je stärker der Volksbund, desto machtvoller seine Proteste. Zwei Vertreter des Volksbundes seien in Spaa gewesen, um persönlich die Feinde von der Verwerflichkeit ihres Tuns zu überzeugen, jedoch habe man sie überhaupt nicht vorgelassen, ihnen nur anheimgegeben, eine Denkschrift darüber zu unterbreiten. Dadurch trete immer mehr zutage, daß der Franzose unsere Brüder als rechtlose Sklaven, aber nicht als ehrenvolle Gegner behandeln wolle. Dagegen helfe nur ein kräftiger Appell an das Weltgewissen.

Es wurde darauf folgende Entschließung angenommen:

Ueber tausend Frauen und Männer aus dem deutschen Volke, die sich als Ortsgruppen für Kamen und Umgegend dem Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen angeschlossen haben, weisen mit tiefer Empörung darauf hin, daß nach den Berichten der deutschen Waffenstillstandskommission kein Zweifel über das unseren Kriegsgefangenen von Frankreich drohende Geschick bestehen kann. Unsere Gefangenen, von denen unter Nichtachtung früherer völkerrechtlicher Verträge seit Monaten nicht einmal die schwer Erkrankten und Verwundeten zurückgeschickt wurden, sollen bei dem Wiederaufbau der von den Kriegsmeuten aller Heere zerstörten Städte Nordfrankreichs verklavt, ihre Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Gegen diese Vergewaltigung ehrenvoll Unterlegener erheben wir heftigsten Einspruch, überzeugt, daß das gesamte deutsche Volk eine derartige Schmach niemals verzeihen und vergessen wird und daß der große Gedanke eines Friedens der Gerechtigkeit und der Versöhnung an dieser Grausamkeit zugrunde gehen muß. An die Roten Kreuz-Organisationen aller Länder, die sich der Gefangenenfürsorge während der Zeit des Krieges angenommen haben, ergeht unsere dringende Bitte, diesem Einspruch einen lauten, auch jenseits der Grenzen vernehmbaren Widerhall zu verschaffen und mitzuwirken an der Erfüllung der Gebote der Menschlichkeit, die auch der Sieger nicht straflos verachten darf.

Für Methler und Umgegend wurde dieselbe Entschließung einstimmig angenommen.

Herr Gianonatti, Kamen schilderte dann in schlichter, eindrucksvoller Art seine Erlebnisse während der mehrjährigen Gefangenschaft in Frankreich, England und der Schweiz. Zuerst die Gefangennahme, die Beraubung, der Transport per Auto, Eisenbahn und Schiff nach England, wo auch nicht geringste Rücksicht auf die teils schwer verwundeten Deutschen genommen wurde, im Gegenteil, beschimpft und mit Steinen wurden dieselben bombardiert. Die Verpflegung war eine miserable. Um ein Butterbrot und eine Zigarette wurde gerungen. Dagegen lobte Herr Gianonatti den herzlichen Empfang und die Aufnahme der Gefangenen in der Schweiz. G. fand lobende Worte für die deutschen Kriegsgefangenenhilfen, gedachte besonders der Tätigkeit der Kamener Kriegshilfe, die zur Dankbarkeit herausfordere. Mit einem Mahnwort an die Versammelten, dem Volksbunde beizutreten, schloß der Redner.

Weitere Redner, wie Herr Strelinski, Bürgermeister Dr. Wiesner und ein Feldgrauer schließen sich der Aufforderung an und so fand mit einem Schlußwort des Leiters die erhebende Veranstaltung ihr Ende.

*

Kamen, 14. Febr. **(Verschiedenes.)** Für die zum Schutze des Straßenverkehrs erforderlichen Sicherungsmaßregeln bei Bauarbeiten an öffentlichen Straßen sind grundsätzlich sowohl Bauherr als auch Bauunternehmer verantwortlich. Daneben kann aber auch die Haftung der Gemeinde in ihrer Eigenschaft als Baupolizeibehörde in Betracht kommen. Immer hängt aber natürlich die Frage der Haftung davon ab, ob eine von den in Anspruch Genommenen zu vertretende Fahrlässigkeit vorliegt oder nicht.

Das Bezirkskommando Soest weist wiederholt darauf hin, daß die **Marsch- und Entlassungsgebühren** nur dann gezahlt werden, wenn ordnungsmäßige Entlassungspapiere nebst Anweisung vorgelegt werden. Näheres ist aus dem Inseratenteil der heutigen Nr. d. Bl. ersichtlich.

Die erhöhte Mannschaftslöhnung von 30 Mark ist nach einer Mitteilung der Intendantur 7. A.-K. für Angehörige Kriegsgefangener und Vermißter nicht zuständig.

Die Landesbank der Provinz Westfalen löst das ausgegebene **Notgeld** in Münster bis zum 15. d. Mts. ein. Nach diesem Zeitpunkt verliert es seine Gültigkeit.

Westick, 14. Febr. **(Tödlicher Unglücksfall.)** Am Dienstag morgen 10½ Uhr verunglückte der Rottenarbeiter Heinrich Ricks aus Westick auf der Eisenbahnstrecke zwischen Station Kamen und Block Westick dadurch, daß er von einer Probe-Lokomotive erfaßt wurde und auf der Stelle den Tod fand.

Heeren-Werve, 14. Febr. **(Deutsche demokratische Partei.)** In einer von Herrn Lehrer Sternitzke einberufenen Versammlung im Gasthaus Krenz wurde die Ortsgruppe Heeren-Werve der Deutschen demokratischen Partei beschlossen.

Helzen, 13. Febr. **Spitzbuben** statteten nachts dem unweit der Ziegelei wohnenden Arbeiter Steinke einen Besuch ab und stahlen außer vier Hühnern ein sehr gut herangemästetes Schwein aus dem Stalle.

Schwerte, 13. Febr. **(Pferdediebstahl.)** Aus dem Stalle des Gasthofs „Zur Helle" wurde abends ein dem Schausteller Horz gehöriges Pferd (Schimmel-Stute) gestohlen. Ueber den Verbleib des Tieres und auch von dem Täter fehlt noch jede Spur.

Dortmund, 13. Febr. **Der Ausschuß der Beamtenschaft**, die Vertretung von 31 Beamten- und Lehrervereinen mit über 5000 Mitgliedern hat mit Rücksicht darauf, daß die spartakistischen Unruhen auch auf Dortmund überzugreifen drohen, einstimmig beschlossen, gewaltsamen Eingriffen in die Arbeiten der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden mit allgemeiner Einstellung der Tätigkeit zu begegnen. Ausdrücklich wird erklärt, daß die Beamten den Streik zur Erlangung materieller Vorteile entschieden ablehnen und zum Streik nur schreiten werden, um die Regierung in der Wiederherstellung geordneter Zustände zu unterstützen.

Hagen, 12. Febr. **Die hiesige Sicherheitswache** ist, wie die „Westf. Allg. Volkszeitung" (Arbeiterzeitung) schreibt, durch ihre zahlreichen, meist unberechtigten Beschlagnahmen von Lebensmitteln usw., die in Räubereien ausarteten, zu einer öffentlichen Gefahr geworden. Die beschlagnahmten Lebensmittel wurden nicht etwa an das Lebensmittelamt abgeliefert, sondern von den Mitgliedern der Sicherheitswache verbraucht. Auf dem Bahnhofe wurden trotz des Einspruches des Bahnhofsvorstehers den Gepäckträgern Gepäckstücke weggenommen. Bei einem Mitgliede der Sicherheitswache wurden fünf aus der Kaufmannsschule gestohlene Schreibmaschinen gefunden. Der Soldatenrat soll aufgelöst und neu organisiert werden.

Herbest-Dorsten, 13. Febr. **(Mord.)** Montag abend kurz nach 11 Uhr ist der Bürovorsteher Otto Kohlmann von der Zeche Fürst Leopold in Herbest-Dorsten auf offener Straße meuchlings erschossen worden. Er war dienstlich unterwegs gewesen und befand sich auf dem Weg nach seiner Wohnung. Da K. hier allgemein beliebt war, und keine persönlichen Feinde hatte, ist wohl anzunehmen, daß er ein Opfer der hier seit einiger Zeit herrschenden Wirren geworden ist.

Münster, 12. Febr. **Die Stadtverordnetensitzung** hatte die Vorlage des Magistrats betr. Bewilligung der Kosten für den Arbeiterrat einstimmig abgelehnt. Daraufhin hat der Arbeiterrat telegraphische Beschwerde an den Regierungspräsidenten Grafen v. Merveldt gerichtet, worauf folgende telephonische Entscheidung des Regierungspräsidenten zugegangen ist: „Die Stadt wird von mir angewiesen werden, die Kosten für den Arbeiterrat zu übernehmen, da sie verpflichtet ist, nach der Anordnung der preußischen Regierung die Kosten des bei ihr tätigen Arbeiterrates aus städtischen Mitteln zu bestreiten."

Lüdern (bei Bocholt), 10. Febr. **Ein verwegener Raubüberfall** wurde in der Nacht bei dem Landwirt Wilhelm Bollwerk hierselbst ausgeführt. Als der Genannte nachts gegen 2 Uhr durch ein Geräusch erwachte, sah er 4—5 durch Gasmasken vermummte Kerle vor seinem Bette stehen, die mit vorgehaltenen Revolvern die Herausgabe von Wertsachen und Lebensmitteln von ihm forderten und ihn im Weigerungsfalle zu erschießen drohten. Trotzdem setzte sich der Ueberfallene zur Wehr, wurde aber alsbald durch Schläge auf den Kopf schwer verletzt und brach blutend zusammen. Die Räuber verlangten die Herausgabe des Schlüssels zu einer Kassette und erbeuteten 2000 Mk. bares Geld, eine goldene Uhrkette, einen goldenen Ring, einen Herren-Ueberzieher und vier Seiten Speck. Die Räuber hatten sich von der Hinterseite des Gebäudes Eingang in das Innere verschafft. Zwei Tage vor dem Ueberfall verendete der wachsame Hund des Besitzers infolge Vergiftung. Der Beraubte hat 1000 Mk. Belohnung auf die Ermittelung der Täter ausgesetzt.

W **Duisburg**, 14. Febr. **Die Ruhe** wurde in Duisburg durch die Sicherheitswache wiederhergestellt. Sie machte von der Waffe Gebrauch, wobei ein fünfzigjähriger Mann durch einen Brustschuß schwer und eine Frau leicht verletzt wurden. Eine Stürmung der Stadtkasse sowie die versuchten Plünderungen in den Hauptgeschäftsstraßen wurden verhindert. Unter den freigelassenen Gefängnisinsassen befanden sich mehrere berüchtigte Einbrecher und Straßenräuber sowie Untersuchungsgefangene, die wegen Mordes und Raubmordes ihrer Verurteilung entgegensahen.

Köln, 13. Febr. **Ein Juwelier**, der jeden Abend in Begleitung seiner im Geschäft mittätigen Schwester seine wertvollsten Stücke in einer Handtasche nach Hause trägt, wurde am Karolingerring plötzlich von einem Mann angefallen, mit dem Messer gestochen, zu Boden geworfen und seiner Handtasche mit dem wertvollen Inhalt, für etwa 80 000 Mk. Goldsachen und Juwelen beraubt, trotz des Hilfegeschreies seiner Begleiterin. Man ist dem Verbrecher auf der Spur.

Trier, 10. Febr. **Das Schwurgericht** verurteilte den 18jährigen Hüttenarbeiter Nikolaus Maringer aus Haustadt wegen Totschlags zu 10 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte wurde am 21. November 1918 von dem Polizeidiener Henz beim Wildern ertappt; um sich der Festnahme zu entziehen, schoß er Henz nieder.

Tagesereignisse.

— **(Wilson gegen Foch.)** Nach einer T.-U.-Meldung berichtet die Turiner „Stampa" aus Paris, daß Präsident Wilson gegenüber den Forderungen des Marschalls Foch, die eine bedeutende Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen bedeuten, mannigfache Einwendungen sachlicher und faktischer Natur erhoben habe. Wilson sei der Ansicht, daß es besser sei, einen schnellen Frieden herbeizuführen, der die Alliierten, aber auch die Feinde befriedige. Man müsse den Eindruck vermeiden, als ob die Entente Deutschland unterdrücken wolle. Man dürfe Deutschland nicht einer inneren Kontrolle unterziehen, da das durch die jetzigen Waffenstillstandsbedingungen niedergeschlagene Bewußtsein der Deutschen sich leicht empören könne. Nach derselben Meldung der „Stampa" unterstützt Clemenceau leidenschaftlich die Forderungen des Marschalls Foch, die zur Sicherung Frankreichs durchaus gerechtfertigt seien.

— **(Warenhausstreik in Berlin.)** Das Haus- und Botenpersonal der großen Warenhäuser in Berlin ist Mittwoch morgen wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Der Streik der Hausdiener in den Warenhäusern von A. Wertheim und Hermann Tietz hat sich auch auf große Spezialgeschäfte in der Leipzigerstraße ausgedehnt. Da Streikposten die kaufmännischen Angestellten am Eintritt in die Geschäftsräume hindern, sind diese teilweise geschlossen. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist die Leipzigerstraße von Militär besetzt worden. Das Warenhaus A. Wertheim in der Leipzigerstraße hat seinen Betrieb vorläufig geschlossen.

— **Gegen eine Anzahl Offiziere und Soldaten** erhob die „Rote Fahne" unter Namensnennung die Anschuldigung des Mordes, begangen an Liebknecht und Rosa Luxemburg bezw. der Beihilfe dazu. Das Gericht der Garde-Kavallerie-Schützen-Division teilt hierzu folgendes mit: Das Verfahren gegen die vier Offiziere, welche Liebknecht begleiteten und auf ihn geschossen haben, wurde seinerzeit sofort eingeleitet, was ebenso gegen den Oberleutnant Vogel im Falle der Rosa Luxemburg demnächst nach Ermittelung der Täterschaft des Husaren Runge auch auf diesen unter der Beschuldigung des versuchten Mordes und der schweren Körperverletzung ausgedehnt werden wird. Das Verfahren nimmt seinen Fortgang.

— **In Hamburg** haben gestern früh 7600 Angestellte der Hochbahn und 5000 der Straßenbahn wegen Lohnstreitigkeiten einen Ausstand begonnen, der Verkehr ruht.

— **(Ein vereitelter Raubzug.)** Aus Hannover wird dem Lokalanzeiger gemeldet: Eine Spartakistengruppe von 150 Mann war vom Sennelager bei Paderborn aufgebrochen, um einen Raubzug in Minden auszuführen. Auf die telegraphische Nachricht wurden in den verschiedenen Orten, die der Trupp passieren mußte, dem Gesindel Leute mit Handgranaten entgegengesandt, die sie sehr bald zerstreuten, sodaß sie ihren Plan nicht zur Ausführung bringen konnten.

*

Eine Kriegsdrohung Japans.

(W) Der Washingtoner Korrespondent der Associated Preß telegraphiert: Einem hier eingetroffenen diplomatischen Bericht zufolge hat Japan im Prinzip mit Krieg gedroht, wenn China die Geheimverträge beider Länder veröffentlicht und seine Vertragsverpflichtungen nicht erfüllt, um Japan zum Nachfolger Deutschlands in dessen Rechten, Eigentum und Konzessionen zu machen, die Deutschland bei Ausbruch des Krieges in China besaß. China sucht bei Großbritannien und den Vereinigten Staaten Unterstützung angesichts der Haltung Japans, die ernste Befürchtungen unter den Vertretern der assoziierten Mächte erzeugte. Wie verlautet, sind die Abschriften der Geheimverträge aus dem Gepäck der chinesischen Friedensdelegierten gestohlen worden, als sie durch Japan reisten, und daher sind diese nicht in der Lage, die Geheimverträge auf der Friedenskonferenz zu veröffentlichen.

Die Schuhwarenpreise.

Vom „Bund Deutscher Schuhmacher-Innungen" erhalten wir nachstehende Mitteilung: Durch die Demobilisierung ist man im Publikum vielfach der Ansicht, daß nun mehr Leder vorhanden und infolgedessen eine ganz wesentliche Verbilligung des Leders und auch des Schuhwerks eintreten müsse. Das trifft leider nicht zu. Die Preise für Unter- und Oberleder sind um 20% erhöht, auch die Arbeitslöhne sind unter dem Druck der Verhältnisse weiter ganz wesentlich gestiegen, so daß die notwendige Erhöhung der Preise für Sohlen und Absätze je nach den örtlichen Verhältnissen bis 2 Mk. und mehr beträgt, als bisher zulässig war. Außerdem sind wir über die Lederknappheit noch lange nicht hinweg. Durch die Besetzung des linksrheinischen Gebietes ist einem sehr großen Teil unserer Leder erzeugenden Industrien die Möglichkeit genommen, uns ihre Produkte zuzuführen. In ganz besonderem Maße ist es Oberleder, das uns in Zukunft noch weit knapper werden wird, als wie es bisher der Fall war. Daraus ergibt sich leider auch noch die weitere Tatsache, daß sich der Schuhmacher immer noch gezwungen sieht, bei seiner Arbeit Ersatzstoffe verwenden zu müssen. Wir wollen hierbei nicht unterlassen, auch noch darauf hinzuweisen, daß durch die Demobilisierung die Schuhmacher wieder in ihre Werkstatt zurückgekehrt sind und ihre alte Kundschaft wieder bedienen können. Das Publikum hat daher nicht nötig, das reparaturbedürftige Schuhwerk den während des Krieges entstandenen, von Nichtfachleuten geleiteten Reparaturwerkstätten anzuvertrauen. Auch erfüllt man eine vaterländische Pflicht, wenn man den aus dem Heeresdienst entlassenen Schuhmacher durch Arbeit unterstützt.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 14. Febr. **(Turnverein „Eintracht".)** Die am Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 3½ Uhr, stattgefundene diesjährige erste Generalversammlung des Turnvereins „Eintracht" wurde vom ersten Vorsitzenden Herrn Karl Bleidick eröffnet und geleitet. Der Versammlung wurde mitgeteilt, daß 16 Mitglieder des Vereins auf dem Felde der Ehre fürs Vaterland gefallen sind. Hierauf wurde zur Tagesordnung geschritten. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Unter Punkt Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, am 9. März einen Theaterabend mit anschließendem Ball abzuhalten. Es soll zur Aufführung gelangen „Bettelheini" und „Der Vereinsschwerenöter". Da der Verein über gute Spieler verfügt, verspricht er einen genußreichen Abend. Die Vorverkaufskarten hierzu sind zu haben im Zigarrengeschäft Goris, W. Reinhard und bei den Mitgliedern. Nachdem noch verschiedene Vereinsangelegenheiten erledigt waren, forderte der 1. Vorsitzende die Mitglieder auf, weiter recht pünktlich und zahlreich die Turnstunden zu besuchen. Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreimaligen „Gut Heil" auf die gute Turnsache geschlossen.

Methler-Westick, 14. Febr. **(Theater-Abend.)** Der Knappen-Verein „Viktoria"-Methler und Westick hat in seiner Generalversammlung beschlossen, am Sonntag, den 16. März, einen Theaterabend in den Lokalitäten des Wirts Pfennigheuer zu veranstalten. Zur Aufführung gelangt „Am Grabe der Mutter", großes Schauspiel in 5 Akten. — Um zu großen Andrang an der Kasse zu vermeiden, werden die Besucher schon jetzt gebeten, frühzeitig sich einfinden zu wollen. Wer nach Beginn des Theaters erscheinen sollte, wird freundlich gebeten, solange sich ruhig zu verhalten, bis der Akt zu Ende ist, da das Gehen durch den Saal, auch wenn es ganz leise geschehen sollte, unbedingt vermieden werden muß; aus diesem Grunde sollen auch die Kellner während des Spielens nicht bedienen. Nur dann werden die Besucher einen vollkommenen Genuß haben, wenn ihre Aufmerksamkeit durch kein Geräusch im Saal gestört wird. Sämtliche Rollen sind in besten Händen. Karten sind zu haben bei dem Vereinswirt H. Budde in Methler und bei den Mitgliedern des Vereins. Alles Nähere durch Inserat.

Konzert, Theater ꝛc.

Kamen, 14. Febr. Das Schauspiel „Arme Liane" nach dem gleichnamigen Roman in der „Kamener Zeitung" kommt am Dienstag im Schützenhof zur Aufführung. Da der Roman großen Anklang bei allen Lesern gefunden hat, wird der Besuch der Aufführung ein reger sein (Näheres siehe Inserat.)

Jahrmärkte.

Erklärung der Abkürzungen.

K bedeutet Krammarkt; V. = Viehmarkt; K. V. = Krams- und Viehmarkt; Pf. = Pferdemarkt; Schw. = Schweinemarkt; T. = Tag.

Dienstag, 18. Febr.: Buer V., Laggenbeck V., Driburg Rindv. Schw., Gütersloh Rindv. Pf. Schw., Medebach Schw., Minden K. Rindv. Pf. Schw. Schaf Ziegen, Paderborn Rindv Pf. Schw., Lünen Schw.
Mittwoch, 19. Febr.: Borgholzhausen Rindv. Pf. Schw., Dortmund Zucht Faselv.
Donnerstag, 20. Febr.: Dorsten Rindv Schw., Lengerich (Bhf.) V., Recklinghausen V., Halle in Westf. Rindv. Pf. Schw.
Freitag, 21. Febr.: Ennigloh Rindv. Pf. Schw. Schaf Ziegen, Versmold K. Rindv. Pf. Schw.
Sonnabend, 22. Febr.: Menden Faselschw.

Wetterbericht.

16. Febr.: Wolkig, teils Sonne, milde, strichweis Niederschlag. Sehr windig Sturm an den Küsten.
17. Febr.: Wenig verändert.
18. Febr.: Wolkig, teils bedeckt, milde.
19. Febr.: Bedeckt, Niederschläge, milde. Vielfach stürmisch.

Der Roman Arme Liane erscheint erst in der nächsten Nummer.



Heute morgen 10½ Uhr verschied unerwartet durch Unglücksfall auf der Eisenbahn unser lieber, guter Sohn, Bruder, Vetter und Neffe, der

Rottenarbeiter

Heinrich Ricks

im Alter von beinahe 24 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Ricks
Familie Lanfermann.

Westick, den 11. Februar 1919.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Schimmelstraße 18, aus statt. — Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so diene diese als solche. 592



Die herzlichsten
Glückwünsche
zum Geburtstage
unserm
Vereinswirt
Herrn Ostermann

Kaninchenzuchtverein „Vorwärts“,
Bergkamen. 595

Salzsäure

ballonweise zu haben

R. Schneiderswann,
Löwen-Drogerie.

Bekanntmachung.

Nach § 8 Abs. 1 der Verordnung der preußischen Regierung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts vom 24. Januar 1919 (Gesetzsammlung S. 13) tritt an Stelle des Wahlkommissars der in den Gemeindeordnungen festgesetzte Wahlvorstand.

Gemäß § 24 der Westf. Städteordnung vom 19. März 1856 und dem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung vom 10. Februar 1919 besteht der Wahlvorstand für die Stadt Kamen aus folgenden Herren:

Bürgermeister Dr. Wiesner, Vorsitzender,
Beigeordneter Moellenhoff, Stellvertreter,
Betriebsdirektor Hußmann und
Lederhändler E. A. Hosius, Beisitzer,
Kaufmann Heinrich Frieling, 1. und
Kaufmann Hugo Müller, 2. stellvertretender Beisitzer.

Kamen, den 13. Februar 1919. 596

Der Arbeiterrat: Strelinski. **Der Magistrat:** Dr. Wiesner.

Anordnung

über den Verkehr und Verbrauch der Eier im Landkreise Hamm (Westf.).

Auf Grund der Verordnung des Stellvertreters des Reichskanzlers über Eier vom 12. Juni 1916 (Reichsgesetzblatt S. 927) bezw. 24. Juli 1917 (Reichsgesetzblatt S. 374) und der preußischen Ausführungsanweisung vom 24. August 1916 zu dieser Verordnung wird für den Umfang des Landkreises Hamm das Folgende bestimmt:

I. Verbot des freien Eierhandels.

§ 1. Die Ausfuhr wie auch der Versuch der Ausfuhr von Eiern der Hühner, Enten und Gänse aus dem Kreise Hamm Land ist verboten. Ausgenommen sind nur Sendungen von Eiern an von dem Landrat besonders zugelassenen Stellen.

§ 2. Für den Ankauf von Eiern im Kreise werden von den Ortsbehörden (Bürgermeister, Amtmann) bestimmte Händler oder Aufkäuferinnen angestellt, die mit einem auf den Namen des Inhabers lautenden Ausweis versehen sind.

§ 3. Jede Abgabe wie auch der Versuch der Abgabe von Eiern an nicht zur Eierinempfangnahme amtlich zugelassenen Personen, sowie jede Annahme bezw. der Versuch der Annahme von Eiern durch nicht zur Eierempfangnahme amtlich zugelassene Personen ist verboten. Dem Landrat wird überlassen, erforderlichenfalls Ausnahmen zu gestatten.

II. Ablieferungspflicht.

§ 4. Die Hühnerhalter haben sämtliche Eier, die sie nicht zur Ernährung ihrer Haushaltungsangehörigen benötigen, an die amtlich zugelassenen Händler, Aufkäuferinnen oder Sammelstellen abzuliefern.

Als Haushaltungsangehörige gelten diejenigen Personen, die im Haushalt des Geflügelhalters beköstigt werden und in seiner Wohnung untergebracht sind mit Ausnahme der Kriegsgefangenen und Saisonarbeiter.

§ 5. Die Hühnerhalter haben eine bestimmte Zahl Eier als Mindestmenge im Jahre abzuliefern.

Diese Mindestmenge wird durch eine in jeder Gemeinde zu bildende Eierveranlagungskommission bestimmt, die das auf die Gemeinde vom Kreise bezw. vom Amte umgelegte Gemeindeeiererfassungssoll unterveranlagt.

§ 6. Bei der Veranlagung sind die in jeder Gemeinde zu führenden Hühnerverzeichnisse zugrunde zu legen. Dabei ist Rücksicht zu nehmen auf:

a) das Verhältnis der Zahl der vollbeköstigten Haushaltungsangehörigen des Hühnerhalters zu der seiner Hühner;
b) die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse des Hühnerhalters, unter denen die Hühner gehalten werden (freier Auslauf, engbegrenzter Hühnerhof, Futterverhältnisse);
c) die Jahreszeiten, Legeperioden und Rasseeigentümlichkeiten des Geflügels.

§ 7. Die Eierveranlagungskommission darf von den Richtlinien des § 6 bei der Veranlagung zugunsten eines Hühnerhalters nur dann abweichen, wenn ein etwaiger Ausfall, der eine Verminderung des Gemeindeeiererfassungssolls zur Folge haben würde, durch entsprechend stärkere Heranziehung eines anderen Hühnerhalters ausgeglichen wird.

§ 8. Hühnerhalter, die ihrer Ablieferungspflicht nicht genügen, können im Zwangswege zur Abgabe der Eier angehalten werden.

§ 9. Es wird erwartet, daß jeder Geflügelhalter über die Pflichtlieferung hinaus jedes entbehrliche Ei für die allgemeine Lebensmittelversorgung zur Verfügung stellt.

§ 10. Die Hühnerhalter sind verpflichtet, den mit der Durchführung und Kontrolle der Eiererfassungsorganisation beauftragten Personen Auskunft zu erteilen.

III. Eierabgabe.

§ 11. Eier von Hühnern, Enten und Gänsen dürfen an die nichtgeflügelhaltende Bevölkerung nur gegen Eiermarken durch die amtlich zugelassenen Eierausgabestellen verabfolgt werden.

§ 12. Für Gast- und Schankwirtschaften, Konditoreien, Krankenhäuser, Lazarette usw. wird die höchste zulässige Entnahme von Eiern zur Versorgung der Gäste und Pfleglinge durch die Ortsbehörden festgesetzt.

Die Konditoreien, Krankenhäuser, Lazarette usw. erhalten eine dieser Festsetzung entsprechende Menge von Eiermarken, während Gast- und Schankwirtschaften nur Eier gegen Hingabe der von ihren Gästen in Empfang genommenen Eiermarken erhalten.

Von letzterer Bestimmung erforderlichenfalls Ausnahmen zuzulassen, kann der Landrat gestatten.

§ 13. Für die Abgabe von Eiern sind von dem Kreisausschuß Höchstpreise festgesetzt und im Kreisblatt bekanntgemacht.

Jede Ueberschreitung der festgesetzten Höchstpreise ist verboten.

IV. Ausführungsbestimmungen.

§ 14. Der Landrat kann Ausführungsbestimmungen zu den Vorschriften dieser Verordnung erlassen und den Erlaß weiterer Anordnungen den Ortsbehörden (Bürgermeister, Amtmann) übertragen.

V. Strafbestimmungen.

§ 15. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Eier oder der verbotswidrig hergestellten Erzeugnisse, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

VI. Inkrafttretung.

§ 16. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft und wird die Anordnung über Verkehr und Verbrauchsregelung von Eiern im Landkreise Hamm vom 16. September 1916 hiermit aufgehoben.

Hamm (Westf.), den 15. Februar 1918.

Namens des Kreisausschusses:
Der Landrat: Schulze-Pelkum.

Vorstehende Anordnung bleibt auch für das Wirtschaftsjahr 1919 — 1. Februar 1919 bis 31. Januar 1920 — in Kraft.

Hamm (Westf.), den 6. Februar 1919.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.
Der Landrat.

Ich habe mich in **Unna** als

Rechtsanwalt

niedergelassen. Meine Bureauräume befinden sich **Unna,** Bahnhofstraße 27, 1. Stock (Gasthof Niemeyer) Vorläufige Telephonnummer 230. 58

Kayser, Rechtsanwalt.

Singspielhaus

„Zum Amtsgericht“
Bes.: Carl Manss.

Samstag, den 15. Febr., abends 7 Uhr,
Sonntag, den 16. Febr., nachm. 4 Uhr:

Grosse Varietee- u. Theater-Vorstellung
Gastspiel der Dortmunder Olympia-Sänger
Dir.: M. Drößer.
3 Possen-Schlager 3
„Die schöne Galathe“
„Die braune Liese“
„Ein gerissener Schwiegervater“
Dazu der bunte Teil u. a.:
„Die Teschen Mädel“
Damen-Gesangs- und Tanz-Ensemble.
Eintrittspreis Samstag 60 Pf. Sonntag 1,— M,
Nach Schluss der Vorstellung: 566
Gemütl. Tanzkränzchen.

Bekanntmachung.

Die **Auszahlung der Familienunterstützungen** pro Monat Februar findet wie folgt statt:

a) für die Gemeinde Heeren-Werve am Montag, den 17. Februar 1919, bei der Amtskasse — Amtsrentmeister Kellerkamp — in Unna, Hansastraße Nr. 4;
b) für die Gemeinden Methler, Niederaden, Oberaden, Südkamen, Wasserkurl, Weddinghofen und Westick bei dem Amtsrentmeister Klöber in Kamen, Bahnhofstraße, am 17. und 18. Februar 1919.

Unna, den 10. Februar 1919.

Der Amtmann: J. V.: Lehmhaus.

Bekanntmachung

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die **Marsch- und Entlassungsgebühren** nur dann von der Kasse des Bezirkskommandos gezahlt werden, wenn ordnungsmäßige Entlassungspapiere und eine Bescheinigung vom Truppen- oder Ersatztruppenteil vorliegt, daß die Gebührnisse vom Bezirkskommando zu zahlen sind.

Auch die vom Bezirkskommando entlassenen Heeresangehörigen haben sich eine diesbezügliche Bescheinigung vom Truppenteil zu beschaffen.

Auszahlungen finden nur vormittags von 8½ bis 12 Uhr statt.

Soest, den 12. Februar 1919.

Bezirkssoldatenrat. **Das Bezirkskommando.**

Bürger-Versammlung
in Overberge.

Zu der am
Sonntag, 16. Februar, nachmittags 4 Uhr
in der Wirtschaft Schmülling stattfindenden

Versammlung

werden sämtliche Eingesessene dringend eingeladen. 593

Tages-Ordnung:

Besprechung der am 2. März stattfindenden Gemeinde-Wahlen und Wieder-Einrichtung der freiwilligen Bürgerwehr.

Der Gemeinde-Vorsteher.

Lerche!

Am **Sonnabend, den 15. Februar abends 7½ Uhr,** findet beim Wirt Keitmann eine öffentliche

Versammlung

aller bürgerlichen Parteien

zwecks Aufstellung einer gemeinsamen Liste der Kandidaten für die Gemeinde-Wahlen statt. 586

Mehrere Wähler.





Achtung! Achtung!
Ostenfeldmark!
Sonntag, den 16. Februar 1919,
beim Wirt **W. Jackenkroll,**

großer Ball!

Anfang 5 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Vereins-Drucksachen

aller Art wie Plakate, Programme, Einlaßkarten, Statuten usw.

liefert schnell und preiswert die

Buchdruckerei der Kamener Zeitung.

Druckerei Unnaerstr. 163,
Geschäftsstelle Weststr. 10.

Stellen-Angebote.

Zum 1. März tücht.

Mädchen

für besseren Geschäftshaushalt nach Dortmund gesucht. Zu melden bei

Geschw. Sondern, Kamen,
594 Weststraße 34.

Tüchtiges, propres

Mädchen

sucht zum 1. März
Frau Reg.-Landmesser Balcke, 551
Unna-Königsborn,
Bismarckstraße 50.

Mädchen

für alle Hausarbeit per sofort gesucht. 556
Weissenfeld, am Bahnhof 1.

Vertretung.

Für den Bezirk **Kamen** suche tüchtigen Alleinvertreter für leichtverkäufliche Artikel an Selbstverbraucher: Es kommen nur Herren in Frage, welche bei der Land- und Privatkundschaft bestens eingeführt sind. Hoher und dauernder Verdienst. **Osnabrücker Handels & Versandhaus.** Abteil. Oele und Fette Buerschestraße 1—4. 571

Gut erhaltener groß. emaillierter 591

Waschkessel

zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Zu verkaufen.

Wegen Platzmangel ist ein guterhaltener

Zimmerofen

billig zu verkaufen.
575 **Lerche 46.**

Fast neuer

Bergschülerkittel
mit Mütze u. ein Paar
Stiefel

Größe 42 billig zu verkaufen. 579
Fritz Klemme, Bergkamen,
Blücherstraße, Post.

Gut erhaltener

Kinderwagen

zu verkaufen. 550
Rottstraße 24.

Eine zweischläfige

Bettstelle

mit Matratze zu verkaufen. 588
Zu erfr. in d. Geschst.

Eine hochtragende



Kuh

zu verkaufen. 590
Zu erfr. in der Geschst.

Tragendes

Ziegenlamm

zu verkaufen oder zu vertauschen. 573
Sternberg, Schulstr. 5.

Kauf-Gesuche.

Eine gute

Milchziege

zu kaufen gesucht, oder gegen eine Schlachtziege zu vertauschen. 582
Bergkamen,
Töddinghauserstr. 198.

Suche zu kaufen Posten

Runkeln

Angebote mit Preis an diese Zeitung. 524

Zu vermieten.

Eine

2—3-Zimmer-Wohnung

zum 1. März gesucht. Näheres
Michael Griewacz,
567 Hohendahlstr. 4.

Miet-Gesuche

Möbl. Wohn- u. Schlafzimmer

an besseren Herrn oder Dame zu vermieten.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle. 581

Stellen-Gesuche

inseriert man erfolgreich in der

Kamener Zeitung.